

Bezirkshaushalt:
Lichtenberg steht gut da **2**

Schulgebäude:
Neubauten dank Zuzug **3**

Mitbestimmung:
Bürger beteiligen sich **4**

AUSGABE 01/2014

SPD

Informationen der SPD-Fraktion Lichtenberg

FRAKTION VOR ORT

Liebe Lichtenbergerinnen und Lichtenberger,

Sie halten die erste Ausgabe der wieder neu aufgelegten Fraktion vor Ort in Ihren Händen. Wir möchten Sie damit über aktuelle Ereignisse im Bezirk und über die politische Arbeit der Lichtenberger SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung informieren. Für die SPD bedeutet gute Kommunalpolitik, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben und deren Anregungen und Sorgen ernst zu nehmen. Dabei kommt es nicht immer darauf an, als erstes loszurennen und unreflektiert jeden Vorschlag vor sich her zu tragen, sondern vielmehr Ideen weiterzuentwickeln, gemeinsam für die gute Sache zu kämpfen und, wenn nötig, auch einmal darzulegen, warum man etwas nicht umsetzen kann.

Die SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr Verantwortung für den Bezirk übernommen und dabei nicht nur einfache Entscheidungen getroffen. Das Land Berlin hat beschlossen, dass die Anzahl der Mitarbeiter in der Berliner Verwaltung auf insgesamt 100.000 reduziert werden soll. Für Lichtenberg heißt das, in den nächsten Jahren über 270 Stellen abzubauen. Wir haben daher mit den Beschäftigten und dem Bezirksamt dafür gekämpft, dass dieser an die Substanz gehende Personalabbau abgemildert wird – leider vergeblich. Ein Mandat zu haben, bedeutet aber auch Verantwortung zu übernehmen und nicht nur schöne Entscheidungen zu treffen. Daher hat die SPD auch dem Personalkonzept zugestimmt, in dem geregelt wird, an welchen Stellen weniger Mitarbeiter eingesetzt werden. So paradox es klingen mag, letztendlich können dadurch im Rahmen des Personalkonzeptes endlich wieder befristete Stellen in unbefristete Stellen umgewandelt, Azubis nach erfolgreichen Abschluss übernommen und fehlende Fachkräfte eingestellt werden.

Auch der Doppelhaushalt 2014/15 zeigt eine eindeutige sozialdemokratische Hand-



200.000 Euro ins Leben gerufen und der Zugang zu offenem WLAN in Bibliotheken und den Bürgerämtern ausgebaut.

Wenn Sie ein Anliegen haben, zögern Sie nicht uns anzusprechen. Wir sind für Sie auf verschiedenen Wegen zu erreichen: bei der Langen Nacht der Politik, bei den zahlreichen Bürgersprechstunden unserer Bezirksverordneten, im Fraktionsbüro oder Sie schreiben uns einfach eine E-Mail oder einen Brief.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesundes neues Jahr 2014.

Ihr

Erik Gührs

schrift. Dank des guten Wirtschaftens unseres Bezirksbürgermeisters Andreas Geisel in den vergangenen Haushaltsjahren, können wir auch in der Zukunft den kinder- und familienfreundlichen Bezirk weiterentwickeln und müssen nicht, wie andere Bezirke den Rotstift ansetzen. Der Haushalt trägt daher den steigenden Kinderzahlen in Lichtenberg Rechnung. So wurden die Bauunterhaltung für Schulen um 1,5 Millionen Euro aufgestockt und 14 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Schulen eingesetzt. Weiterhin wird die Reinigungsfrequenz an Schulen erhöht. Damit wird dafür Sorge getragen, dass der Ort Schule ein lebenswerter Ort bleibt und sich junge Menschen entfalten können. Darüber hinaus wird auf Initiative der SPD ein Sofortprogramm Spielplatzsanierung in Höhe von

KONTAKT



www.spd-fraktion-lichtenberg.de



info@spd-fraktion-lichtenberg.de



www.facebook.com/spd.lichtenberg



twitter.com/SPDBVVLbg



90296-3160

Haushalt und Personal – die Hauptbewährungsfelder der Zählgemeinschaft

Lichtenberg steht im Zusammenhang mit den zur Verfügung stehenden Finanzen gut da

Nach dem Verlust ihrer Dominanz im Bezirk durch die Bildung der Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnisgrünen, an den sie sich wohl immer noch nicht gewöhnen konnte, hat sich die LINKE überwiegend als Totalopposition eingegraben. Dies vornehmlich auf dem Terrain der Haushalts- und Personalpolitik, den Ressorts des neuen, von der SPD gestellten Bürgermeisters, der schnell zur Hauptzielscheibe ihrer Angriffe geworden war.

Hartnäckig verweigerte sie sich der Mitwirkung sowohl bei der Umsetzung der Personalabbauauflagen von Senat und Abgeordnetenhaus, als auch beim Doppelhaushaltsplan 2014/2015. Allerdings was den Bürgerhaushalt angeht, ihrem Lieblingskind, hat die LINKE bald erkannt, dass ihre anfängliche Diffamierung unserer konstruktiven Überlegungen zu einer Qualifizierung des Bürgerhaushalts diesem selbst schadet. So ist sie bald auf eine vernunftorientierte Zusammenarbeit eingeswenkt.

Im Mai 2012 wurden erste Vorschläge bekannt, wie das hoch verschuldete Land Berlin durch massive Personaleinsparungen bei den Senatsverwaltungen wie in den Bezirken zu signifikanten Ausgaben-senkungen kommen könnte. Die sich dann verfestigenden Vorstellungen des Finanzsenators wurden im September 2012 durch Entscheidung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses verbindlich. Sie sahen für die Bezirke einen bis 2016 zu realisierenden Personalschlüssel auf der Basis der Einwohnerzahlen vor. Das traf Lichtenberg und einige andere Bezirke hart. Für unseren Bezirk heißt das: Abbau von 273 Vollzeitäquivalenten bei einem Bestand von 1891. Ganz Lichtenberg war empört, wir eingeschlossen. Wer immer konnte, der Bürgermeister, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses etwa, intervenierte bei Senat und Hauptausschuss. Lichtenberger Bezirksamtsmitarbeiter marschierten mit Bürgermeister Geisel an der Spitze und vielen Bezirksverordneten medienwirksam protestierend durch die Frankfurter Allee. Es half alles nichts, Beschluss war Beschluss.



Das Rathaus Lichtenberg. Foto: Peter Müller

Immerhin gelang es, dem Finanzsenator einige Erleichterungen abzurufen, darunter vor allem, dass die Frist zur Herstellung des geforderten Personalbestandes auf zehn Jahre gestreckt wird. Ansonsten galt es, sich zähneknirschend in das Unabänderliche zu fügen und den Einsparungsprozess sorgfältig zu planen.

Für die LINKE und die Piraten war das eine unannehmbare Haltung. Sie forderten Totalverweigerung und wollten nicht wahr haben, dass diese den Verzicht auf jegliche Steuerungsmöglichkeit bedeutet hätte. Nach Kopf zerbrechendem Analysieren und Prognostizieren hatte das Bezirksamt dann einen Gesamtvorschlag für alle Abteilungen und Serviceeinrichtungen zusammen, den die Zählgemeinschaft nach scharfen Wortgefechten mit der LINKEN mit ihrer knappen BVV-Mehrheit gegen die Stimmen von Linkspartei und Piraten beschloss.

Ja, diese Entscheidung stellt große Anforderungen an die bezirkliche Verwaltung. Die Bürger werden es hier und da merken, dass bestimmte Verwaltungsvorgänge länger brauchen oder an Qualität einbüßen. Das Bezirksamt hat aber nun einen gewissen Handlungsspielraum gewonnen. Befristete Anstellungsverhältnisse konnten inzwischen entfristet, einige Neueinstellungen vorgenommen, Auszubildenden

eine Anstellung geboten werden. Immerhin.

Zurzeit steht Lichtenberg haushaltsbezogen nicht schlecht da. 2012, im ersten Jahr der neuen Wahlperiode, konnte ein Überschuss von 6,66 Mio Euro erzielt werden, zu denen noch 3,64 Mio aus 2010 gekommen sind. Das bedeutet ein Mehr an Spielräumen von 10,3 Mio im Jahr 2014. Es wäre aber leichtfertig, nun großzügig mit diesen Mitteln umzugehen, denn es gibt eine ganze Reihe von Haushaltsrisiken, so z.B. die erwartbare Erhöhung der Bewirtschaftungskosten für Dienstgebäude. Auch 2013 hat einen, wenn auch im Moment noch nicht genau bezifferbaren Überschuss gebracht, wahrscheinlich über acht Millionen Euro. Diese kämen dem Haushaltsjahr 2015 zugute. Da jedoch die Unwägbarkeiten dieses Jahres vermutlich höher als 2014 liegen, ist im Haushaltsplan etwa dieser Betrag vorsorglich für das Abfangen von Risiken bereitgestellt, haushaltstechnisch als pauschale Minderausgabe.

Die Zählgemeinschaft hat sich auf die schwerpunktmäßige Finanzierung von Schulsanierungen, Tiefbau und Grünanlagen geeinigt. Innerhalb der Haushaltsdiskussion hat sie noch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, so 23.000 € für das Kinderopernhaus, 20.000 € für Maßnahmen zur Umsetzung des Fahrradkonzeptes, 50.000 € für weitere Bordsteinabsenkungen, außerdem Mittel zur Erhöhung der Reinigungsfrequenz in den Schulen. Die Linkspartei wollte für 700.000 € weitere Ausgaben beschließen haben, die durch Entnahme aus den reservierten Verstärkungsmitteln, die für unerwartete Ausgabenerhöhungen da sind, und durch einfaches Höher-schrauben von Einnahmehoffnungen ausgeglichen werden sollten. Darauf ließ sich die Zählgemeinschaft nicht ein. Sie beschloss mit ihrer 28-Stimmen-Mehrheit gegen die 20 Linkspartei- und vier Piratenstimmen bei einer Piraten-Enthaltung den Doppelhaushalt, der als Teil des Landeshaushalts inzwischen durch Abgeordnetenhausbeschluss geltendes Recht geworden ist.

*Manfred Becker,
haushaltspolitischer Sprecher*

Neue Schulen braucht das Land!

Ein Grundschulplatz für jedes Kind

Lichtenberg verzeichnet wieder steigende Kinder- und damit auch Schülerzahlen. Menschen ziehen zu, deutlich mehr Kinder werden geboren. Das ist gut! Kinder sind die Zukunft eines Gemeinwesens, also auch unseres Bezirkes. Die aktuelle Entwicklung ist deshalb sehr zu begrüßen, kehrt sie doch den früheren Trend um und trägt dazu bei, den Bezirk mehr und mehr in die Mitte unserer Stadt zu rücken.

Diese erfreuliche Entwicklung bringt jedoch auch Herausforderungen mit sich, darunter die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Schulplätze. Sowohl die Bevölkerungsprognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als auch unsere eigenen Zahlen weisen darauf hin, dass wir bis 2018 im gesamten Bezirk im Grundschulbereich mindestens 9 zusätzliche Schulen benötigen. Das ist deutlich mehr, als wir noch vor zwei Jahren erwarten konnten, damals waren lediglich 5 zusätzliche Schulen prognostiziert. Diese rasante Dynamik der Bevölkerungsentwicklung in Lichtenberg war und ist so nicht exakt vorhersehbar. Noch vor zwei Jahren schien das Wachstum der Schülerzahlen im Süden des Bezirkes, in Karlshorst oder Rummelsburg besonders hoch zu sein, was aufgrund der Attraktivität der Wohnlagen und der bestehenden Neubaupotenziale nicht verwunderlich war. Mittlerweile stellen wir jedoch eine flächendeckende Zunahme der Schülerzahlen in allen Regionen des Bezirkes fest, das ist eine interessante Entwicklung. Das größte Defizit an Grundschulplätzen haben wir derzeit in der Mitte unseres Bezirkes.

Doch ist Lichtenberg in wesentlicher Hinsicht auf diese Entwicklung vorbereitet. Glücklicherweise haben wir in früheren Jahren trotz des Kostendrucks auf die Bezirke nicht alle ehemaligen Schulgebäude rückgebaut oder abgegeben. Mehr als 75 Prozent der jährlichen Investitionsmittel des

Bezirk setzen wir dafür ein, diese ehemaligen Schulstandorte in den nächsten Jahren zu sanieren und zu reaktivieren. Dennoch werden die eigenen Mittel des Bezirkes nicht ausreichen und die weitere gezielte finanzielle Unterstützung des Senats ist dringend geboten. Dafür haben wir lange beim Senat um Verständnis und Unterstützung geworben, im kommenden Doppelhaushalt des Berliner Abgeordnetenhauses sind nun Mittel für ein Senatssonderprogramm für Mobile Schulbauten eingestellt. Lichtenberg profitiert davon bereits in 2014/15 mit fünf Mobilbauten, was etwa drei Grundschulen entspricht. Weitere Mobilbauten müssen in 2016/17 jedoch unbedingt folgen! Die weitere Planung und Entwicklung des Schulnetzes in Lichtenberg diskutieren wir derzeit in der bezirklichen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, zu der ich alle relevanten Akteure, Interessenvertretungen und schulischen Gremien eingeladen habe.

Jedes Kind im Bezirk wird auch in Zukunft einen Grundschulplatz erhalten!

Alle an dem Thema Schule Beteiligten sowie die Akteure im Bezirk haben die Bedeutung des Themas für die Zukunft Lichtenbergs klar verstanden, ziehen hier an einem Strang und geben unseren Kindern höchste Priorität. Die bevorstehende Aufgabe wird jedoch in der Spannung zwischen den gesetzlichen Vorgaben, den Wünschen von Schülern und Lehrern sowie dem finanziell tatsächlich Machbaren nicht ganz einfach zu lösen sein. An einigen Schulen wird es zumindest temporär etwas dichter, einzelne Schulstandorte werden größer als bisher. Gemeinsam werden wir in Partnerschaft und auch in Solidarität einzelner Schulen untereinander diesen Prozess gestalten. Packen wir es zusammen an!

Kerstin Beurich, Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur, Soziales und Sport

TBC-Station modernisiert

Der Ausbau und die Modernisierung der TBC-Stelle in der Deutschmeisterstraße steht kurz vor dem Abschluss. Unsere Bemühungen und Drängen, die Arbeitserleichterungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen haben sich ausgezahlt.

Insbesondere das neue Röntgengerät trägt sowohl zu einer schnelleren als auch schonenderen Behandlung der Patientinnen und Patienten bei. Ein Erfolg aller beteiligten Gremien in der BVV und des Gesundheitsamtes.

Fritz Wolff, gesundheitspolitischer Sprecher

Lange Wege zum Sportunterricht – eine unendliche Geschichte?

SPD engagiert sich für schnelle Lösung am Coppi-Gymnasium

Lange Wege zum Sportunterricht sind schwierig und manchmal unumgänglich. Ein zeitliche befristete Ausnahme werden sie jedoch bleiben! Die schwierige Situation der Aufrechterhaltung des Sportunterrichts und der langen Fahrwege am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium haben in den letzten Wochen wiederholt ein großes Medienecho gefunden.

Die Vorsitzende des Landeselternausschusses Schule wird u.a. damit zitiert, dass der Neubau einer Turnhalle fünf bis sechs Jahre dauert. Das solche Aussagen die Schüler, Eltern und Lehrer beunruhigen ist absolut verständlich.

Am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium in Karlshorst haben wir eine andere Situation, denn die SPD-Fraktion wird alle Maßnahmen unterstützen, die einen zügigen Neubau der abgebrannten Turnhalle am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium gewährleisten. Dazu wird die SPD-Fraktion in den nächsten Wochen zusammen mit dem Bezirksamt Vorschläge beraten, die eine Ausschreibung der Baumaßnahme bis zum Frühjahr / Sommer 2014 finanziell untersetzen und den geschätzten Bedarf von rund 3 bis 3,5 Millionen Euro absichern.

Dabei ist der SPD-Fraktion sehr bewusst, dass die Finanzierung der neuen Turnhalle erhebliche Löcher in bereits geplante Baumaßnahmen und Investitionen reißen wird. Im Umkehrschluss waren und sind für die nächsten Monate längere Wege zum Sportunterricht in Kauf zu nehmen. Um die schwierige Situation weiter zu entschärfen, hat das Bezirksamt sich in Zusammenarbeit mit der regionalen Schulaufsicht Lichtenberg an die umliegenden Schulen gewandt, um dort Turnhallenzeiten zu bekommen. Dazu gehören die George-Orwell-Schule, die Alexander-Puschkin-Schule, die Bernhard-Grzimek-Schule und die Richard-Wagner-Schule. Diese Schulen haben freiwillig auf Turnhallenzeiten verzichtet. An dieser Stelle ein Dankeschön dafür. Zum neuen Schuljahr steht dann auch den Schülern des Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums die Turnhalle in der Dolgenseestraße und nach jetziger Planung ab Herbst 2014 auch wieder die Turnhalle der HTW zu Verfügung. **Lange Wege zum Sportunterricht, ja – aber keine unendliche Geschichte!**

Dirk Liebe, bildungspolitischer Sprecher

Transparent, kontinuierlich und verbindlich

Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung: mitreden und entscheiden

Lichtenberg wächst. Dank der Attraktivität unseres Bezirks gerade für Familien mit Kindern rechnet man für die nächsten Jahre mit steigenden Einwohnerzahlen. Die Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur muss damit Schritt halten, also mindestens auf dem jetzigen Stand erhalten bleiben oder ausgebaut werden.

Überall im Bezirk entstanden oder entstehende neue Wohnungsbau- und Gewerbestandorte oder vorhandene werden saniert – von der Wartenberger Straße über die Konrad-Wolf-Straße, den Anton-Saefkow-Platz und die Frankfurter Allee, die Treskowallee und den Lindenhof bis zur Gartenstadt Karlshorst. Seit 2011 hat sich insbesondere der Wohnungsbau intensiviert – Lichtenberg nimmt hier, auch dank des von Bezirksbürgermeister Andreas Geisel initiierten „Bündnis für Wohnen“ unter den Berliner Bezirken einen Spitzenplatz ein.

Nicht immer treffen neue Bauprojekte auf die uneingeschränkte Zustimmung der Nachbarinnen und Nachbarn. Gerade deshalb sollte die Einbeziehung von interessierten und sachkundigen Bürgerinnen und

Bürgern in den Prozess der städtebaulichen Entwicklung für die Politik nicht nur eine lästige Pflicht sein. Ein fortgesetzter Dialog kann vielmehr dazu beitragen, Differenzen und Missverständnisse frühzeitig auszuräumen und die Vorstellungen der Menschen vor Ort rechtzeitig mit einzubeziehen. Bürgerbeteiligung sollte über die bloße Information hinausgehen und sollte mindestens auf der Ebene der Partizipation, möglichst aber auf der der Mitentscheidung stattfinden. Es liegt in der Verantwortung der Bezirksverwaltung, dafür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Spätestens seit der Abgeordnetenhauswahl 2011 hat die SPD-Fraktion in Lichtenberg die gewachsene Bedeutung der Bürgerbeteiligung erkannt und Schritte unternommen, diese im Bezirk Lichtenberg zu stärken. Die bezirkliche „Konzeption zur Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung“, in der Maßnahmen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung gebündelt werden, geht auch auf eine Initiative der SPD-Fraktion zurück. Diese Konzeption muss nun von der Bezirksverwaltung im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten umgesetzt werden und wird

von der Bezirksverordnetenversammlung regelmäßig überprüft.

Dass eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung möglich ist, hat das Bezirksamt 2013 mit der Zukunftskonferenz Karlshorst bereits gezeigt. Für 2014 ist eine ähnliche Konferenz für Hohenschönhausen geplant. Wichtig ist, dass sich solche Veranstaltungen bereits im Ablauf an den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren, einen verbindlichen Charakter haben und dass ihre Ergebnisse auch in Zukunft nachvollziehbar und überprüfbar sind. Auf der anderen Seite braucht es eine organisierte Bürgerschaft, deren Vertreterinnen und Vertreter verlässliche Ansprechpartner für das Bezirksamt und Multiplikatoren in die Bevölkerung sind. Nur wenn Bürgerbeteiligung mehr als nur eine kleine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger erreicht, kann sie den Anspruch erfüllen, der an sie gestellt wird: Dass die Menschen vor Ort über die Entwicklung ihrer Nachbarschaft, ihrer Kieze und ihrer Stadtteile tatsächlich mitentscheiden.

Henning Fahrenberg, Sprecher für Stadtentwicklung und Umwelt

Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten

Die SPD-Fraktion hat 2013 viele Belange der Lichtenberger aufgegriffen

Die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger als gewählte Abgeordnete zu vertreten verstehen wir als denjenigen Auftrag, die Meinungen und Interessen der Bevölkerung in der Bezirksverordnetenversammlung zu respektieren, ernst zu nehmen und die Belange der Menschen in die Kommunalpolitik zu tragen.

Bei der Betrachtung des Jahres 2013 zeigt sich, dass die Meinungen und Interessen der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger von der SPD-Fraktion aufgenommen und vertreten wurden. Sei es in den vielen monatlichen Sprechstunden, welche die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion anbieten, oder durch die starke Kommunikation mit vielen Trägern, Vereinen und Verbänden.

Wir haben Belange vor Ort aufgegriffen und nach guten Lösungen gesucht. Erwähnt seien als Beispiele der Protest der

Robinson-Grundschule zur Ausfahrt eines Supermarktes, der Protest von Mieterinnen und Mieter bezüglich übertriebener Mieterhöhungen im Zuge von Modernisierungen oder die Wünsche von Eltern zur Spielplatzversorgung für ihre Kinder.

Aber auch der Bürgerhaushalt Lichtenberg wurde durch die SPD-Fraktion maßgebend weiterentwickelt, sodass der Bezirk im Jahr 2013 eine ungeahnte Erfolgsgeschichte dieses Bürgerbeteiligungsprozesses erlebte. Noch nie wurden so viele Anträge gestellt und noch nie führte die Verwaltung einen solchen lebendigen Austausch mit den Antragstellerinnen und -steller. Der Bürgerhaushalt Lichtenberg ist somit transparenter, beschleunigter und vielseitiger geworden.

Damit die Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg und die Diskussionen zu den einzelnen Anliegen noch

transparenter werden, wurde im Jahr 2013 die Übertragung der Plenumsitzungen der Bezirksverordnetenversammlung im Internet begonnen. Diese Initiative wurde unter anderem durch die SPD formuliert. Auch im Jahr 2014 wird die Ausgestaltung dieses Livestreams weiter Thema sein.

Um Politik und Bürgerschaft stärker zu verbinden, sind im Jahr 2013 viele Schritte gegangen worden. Ein Stehenbleiben und Ausruhen darf das jedoch nicht bedeuten. Auch im Jahr 2014 wird die SPD-Fraktion mit den Lichtenbergerinnen und Lichtenberger arbeiten, sodass der Bezirk seine gute Entwicklung fortsetzt. Dafür brauchen wir jedoch Sie! Lassen Sie uns an Ihren Wünschen und Vorstellungen teilhaben. Gemeinsam lässt sich mehr erreichen.

Kevin Hönicke, Sprecher für Bürgerbeteiligung, Bürgerdienste und Demokratie

IMPRESSUM

Fraktion vor Ort ist die Zeitung der SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg • Auflage: 1000 Exemplare

Herausgeber: SPD-Fraktion Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

Redaktion:

Erik Gührs (V.i.S.d.P.), Peter Müller
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

Gestaltung, Satz:

Medienbüro Gädig, Josef-Orlopp-Str. 54,
10365 Berlin

Redaktionsschluss:

8. Januar 2014